Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 18. Dezember 1885. Nr. 590

Berlin, 17. Dezember. Bei der heute beendigten Ziehung der 3. Klasse 173. königl. preußischer Klassenlotterie fielen:

1 Gewinn von 3000 Mark auf Nr. 53080.

1 Gewinn von 1800 Mark auf Nr. 11543.

4 Gewinne von 900 Mark auf Nr. 38018 45297 70455 90162.

9 Gewinne von 300 Mark auf Nr. 846 15040 19843 23273 36677 40022 41846 71950 89330.

Deutschland.

Berlin, 17. Dezember. Der Bundesrath wird heute um 2 Uhr eine Sitzung halten. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Ueberweisung des Reichstags-Beschlusses auf Erlaß eines Gesetzes über die Pensions-Verhältnisse der Reichsbeamten und eines Gesetzes über Fürsorge der Wittwen und Waisen der Reichsbeamten. Es ist anzunehmen, daß der bekanntlich mit Einstimmigkeit erfolgte Beschluß des Reichstages nicht kurzer Hand erledigt, sondern an die Ausschüsse verwiesen wird. Den zunächst betheiligten Reichsbeamtenkreisen war vor einigen Monaten die Benachrichtigung zugegangen, daß die Regierung einem auf Erlaß des Gesetzes gerichteten Reichstags-Beschluß nicht widerstreben werde; die Erklärungen des Staatssekretärs im Reichsschatzamt bei den Verhandlungen über den Gegenstand im Reichstage haben freilich erwiesen, daß diese Mittheilung mindestens ungenau war. Ferner wird sich der Bundesrath zu beschäftigen haben mit den vom Reichstage beschlossenen Wahlen zur Reichsschulden-Kommission, mit Anträgen der Ausschüsse für Zölle, Posten und Telegraphen, über Zollbehandlung der mit den Posten eingehenden Taschenuhren und andere Zollangelegenheiten. Durch mündliche Ausschuß-Berichte will man sich über eine Reihe von Eingaben schlüssig machen und schließlich wird die Justiz-Kommission über die Vorlage betreffend die Rechtspflege in den deutschen Schutzgebieten berichten. Außerdem werden noch geschäftliche Angelegenheiten erledigt.

— Das geplante Spiritus-Monopol findet auf der Rechten eben so viel Freunde, als auf der Linken Gegner; den Ausschlag wird das Zentrum geben, und die Freunde des Planes meinen, daß das Zentrum, da der Ertrag des Monopols die Mittel für die Durchführung der Altersversorgung der Arbeiter liefern soll, dafür stimmen würde. Darüber wird die Besprechung der von der deutschfreisinnigen Partei zu den Etats-Positionen, Zöllen und Verbrauchssteuern beantragten Resolution Klarheit geben. Die Freunde des Monopols behaupten, die Vorlage werde bereits während der Weihnachts-Ferien erscheinen, andererseits verlautet, daß die Vorverhandlungen zwischen den Regierungen noch nicht abgeschlossen seien. Es bestätigt sich, daß das Zentrum damit umgeht, einen Antrag auf Beseitigung des Zeugnißzwanges bei Preßvergehen einzubringen; doch ist die Fraktion der Sache noch nicht näher getreten, man will sich aber nach den Ferien sofort damit beschäftigen.

— Der Vorstand des deutschen Krieger-Bundes versendet aus Anlaß des Regierungs-Jubiläums des Kaisers und Königs an die Vertrauensmänner zum Zwecke der Zirkulation folgenden Aufruf:

„Unser Bund — eine Vereinigung der alten, ehrenvoll gedienten Soldaten des deutschen Vaterlandes — möchte den bedeutungsvollen Erinnerungstag unseres obersten kaiserlichen Kriegsherrn besonders würdig in folgender Weise begehen. Es ist in unserem Volke leider nur wenig bekannt, welch' eine große Anzahl von ehemaligen Kriegern vorhanden ist, die in den letzten Feldzügen Schaden an ihrer Gesundheit erlitten und deshalb ihren früheren Berufsgeschäften nicht nachgehen können. Eine erschreckend große Anzahl dieser Männer, die Gut und Blut für das Vaterland eingesetzt haben, hat seiner Zeit theils aus Freude, dem Kreise ihrer Familie wiedergegeben zu sein, theils aus Unkenntniß der gesetzlichen Bestimmungen versäumt, staatliche Invaliden-Versorgung zu beanspruchen. Andererseits haben sich die Folgen der Feldzüge erst nach Ablauf der gesetzlichen Frist gezeigt. Daß es von diesen Männern schwer empfunden werden muß, der öffentlichen Wohlthätigkeit oder der Armenpflege anheimfallen zu sollen, liegt auf der Hand. Es wird deshalb beabsichtigt, einen Fonds zur einmaligen oder laufenden Unterstützung hülfsbedürftiger ehemaliger Krieger und Heeresangehöriger des Unteroffizier- und Gemeinenstandes anzusammeln. Aus diesem Fonds sollen aber nur diejenigen berücksichtigt werden, welche weder eine Invaliden-Pension aus Reichs- oder Staatsfonds beziehen, noch durch kommunale Einrichtungen der Sorge um ihre Existenz enthoben sind. Bei dem hohen Interesse, welches Se. Majestät bei jeder Gelegenheit seinen alten Soldaten zu erkennen giebt, sind wir überzeugt, daß diese Form der Jubiläums-Feier Allerhöchstdemselben besondere Freude bereiten wird."

Die Beitrags-Listen sollen dem Kaiser am Jubiläums-Tage durch eine Deputation überreicht werden.

— Der mecklenburgische Feudaladel hat binnen wenigen Wochen zwei seiner hervorragendsten und jedenfalls die außerhalb Mecklenburgs bekanntesten Mitglieder verloren. Dem Grafen Kuno von Hahn ist nach einer Depesche aus Sternberg, wo der mecklenburgische Landtag gegenwärtig tagt, der Staatsminister Graf von Bassewitz so eben in den Tod gefolgt. Graf Henning von Bassewitz, geboren am 27. Oktober 1814, war einer der beiden konservativen Abgeordneten, welche das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin 1867 in den konstituirenden norddeutschen Reichstag sandte. Er nahm damals bereits eine führende Stellung in der mecklenburgischen Ritterschaft ein, indem er einer der acht Landräthe war, welche neben drei erblichen Landmarschällen und dem Bürgermeister von Rostock das Landtags-Direktorium bilden. Auch in den ordentlichen norddeutschen Reichstag wurde er von dem 4. mecklenburgischen Wahlkreise gesandt und, nachdem er zum Staatsminister und Vorstand des Ministeriums des Auswärtigen und großherzoglichen Hauses, so wie zum Vorsitzenden des Staats-Ministeriums ernannt worden war, abermals gewählt. In den Jahren 1871 und 1874 bewarb er sich, aber vergeblich, um das Mandat, die Wähler zogen ihm den nationalliberalen Gutsbesitzer Pogge vor. Später wurde er zum Bevollmächtigten beim Bundesrathe ernannt, kam aber nur selten nach Berlin. In politischer Beziehung stand er vollständig auf dem Boden, den die große Mehrheit der mecklenburgischen Ritterschaft einnimmt; während seiner Amtsführung fanden zwar die bekannten Versuche, für Mecklenburg eine auf moderner Grundlage beruhende Verfassung zu vereinbaren, statt, doch wird ihn das Scheitern der mit den Ständen gepflogenen Verhandlungen nicht geschmerzt haben. Während der 16 Jahre, in denen er die Geschäfte führte, fanden nennenswerthe Reformen in Mecklenburg nur insoweit statt, als sie durch Verfassung und Gesetze des Reiches unumgänglich nothwendig geworden waren. Im Uebrigen blieb Alles im alten Gleise.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 18. Dezember. Die gestrige Stadtverordneten-Versammlung erregte nur in einem Gegenstand der Tagesordnung größeres Interesse und in allenfalls zweien eine lebhaftere Diskussion. Im Uebrigen verlief dieselbe still und zumeist den Anträgen gemäß. Wir stellen deshalb auch in unserem Bericht die minder wichtigen Sachen an das Ende und beginnen mit der die Versammlung etwas anregenden Debatte über den Magistratsantrag, den Zuschlag zu ertheilen zur Uebertragung des Neubaues der Brücke über den grünen Graben an Herrn J. Gollnow hier und Genehmigung der Baukosten mit 167,845 Mark 31 Pf., die in dem Etat pro 1886—87 aufzunehmen wären. Referent der Finanzkommission war Herr Meyer. Er sprach ungefähr wie folgt:

Es haben sich um den Bau fünf Interessenten, nämlich die Herren Gollnow, Beuchel, Fischer, Schulz und Scherbarth beworben, doch sei in der Baudeputation nur zwischen zwei Herren die Wahl gewesen. Zwischen Herrn Gollnow, als Mindestbietenden und der Firma Beuchel u. Ko. in Grüneberg, als Spezialität im Brückenbau. Man habe die Verpflichtung gehabt, bei unserem Mitbürger Gollnow sich über seine Qualifikation zur Herstellung solcher Bauten zu erkundigen und habe sich deshalb die Baudeputation schriftlich an diesen Herrn mit der Bitte um näheren Ausweis seiner Fähigkeit gewandt. Es sei eine Antwort unter Beifügung von Attesten eingegangen. Redner bringt dieselbe zur Verlesung, es geht daraus hervor, daß Herr Gollnow sehr umfangreiche und schwierige Eisenkonstruktionsarbeiten bereits und stets zur größten Zufriedenheit der Auftraggeber ausgeführt habe. Gleichzeitig indessen kündigt Herr Gollnow an, daß, da er selbst nicht Techniker genug sei, um solchen Bau auszuführen resp. zu beaufsichtigen, er renommirte Techniker dazu engagiren wolle. Er bittet dringend um Ueberlassung des Bau's. Darauf sei im Magistratskollegium mit Majorität der Beschluß gefaßt, dem Wunsche des Petenten und Mindestfordernden nachzukommen. Die Finanzkommission habe sich indessen diesem Beschluß gegenüber ablehnend verhalten zu müssen geglaubt, weil einmal das ganze Projekt von der Firma Beuchel u. Ko. ausgearbeitet, außerdem aber dieselbe eine berühmte Spezialität für Klappbrücken sei, die große Erfahrung darin habe. Sie theilte deshalb dem Magistrat ihr Votum unter vollster Anerkennung der Befähigung des Herrn Gollnow mit. Trotzdem wurde vom Magistrat der Beschluß gefaßt, den Bau Herrn Gollnow zu übertragen und die Genehmigung des Stadtverordneten-Kollegiums beantragt. In dem diesen Beschluß enthaltenden Schreiben des Magistrats an die Finanzkommission theilt aber Herr Stadtbaurath Kruhl mit, daß er bei diesem Beschluß sich in der Minorität befunden und für die Firma Beuchel u. Ko. in Grüneberg gestimmt habe. Er halte die Angelegenheit zu wichtig, als daß er sein Votum nicht besonders in den Akten vermerken lassen solle. Redner verliest hiernach noch ein zweites Schreiben, des Herrn Gollnow, das vor Eröffnung der Sitzung an den Herrn Stadtverordneten-Vorsteher eingelaufen sei. In demselben theilt Herr Gollnow, unter Wiederholung der Bitte um Uebertragung des Bau's an ihn, des Näheren mit, wie er den Bau auszuführen beabsichtige. Der Referent resümirt nochmals die ganzen Verhandlungen wie folgt: „Wir (Finanzkommission) sind ursprünglich aus Lokalpatriotismus sehr geneigt gewesen, den Bau Herrn G. zu übertragen, doch haben wir uns schließlich dahin verständigt, die eventuelle Verantwortlichkeit nicht zu übernehmen, die möglicherweise uns treffen könnte, wenn es Herrn G. nicht gelingen sollte, den Bau allen Anforderungen gemäß herzustellen. Wir glauben im Interesse der Stadt zu handeln, wenn wir Ihnen vorschlagen, zu genehmigen, den Bau an die Firma zu vergeben, die jahrelange Erfahrungen besitzt. Um so mehr,

---

Feuilleton.

Zum Vogelschutz und Frauenputz!

Man schreibt uns: „Die „Social-Koresp." macht in Nr. 99 den dankenswerthen Vorschlag, seitens der Thierschutz- und dergleichen Vereine durch Adressen beim König Umberto und dem italienischen Parlament dahin wirken zu lassen, daß die Gesetzgebung zum Schutze der Vögel verschärft werden möge. Ich möchte in meinen Vorschlägen noch weiter gehen. Sollen einmal Adressen und Petitionen erlassen werden, so sende man solche auch an die griechische, egyptische, tunesische, französische, marokkanische und spanische Regierung, denn überall dort wird das gewerbsmäßige Abschlachten unserer kleinen gefiederten Sänger mit Eifer betrieben. An den griechischen Küsten, auf den jonischen Inseln, an der südspanischen Küste, namentlich bei Malaga, Estepona, Fuengirola, an der Küste von Nordafrika — überall werden die von der Reise ermatteten Zugvögel zu Hunderttausenden gemordet, wie ich dies selbst wiederholt gesehen habe. Aber man gestatte mir den Einwurf: Selbst nach dem Zustandekommen rechtsgültiger Gesetze (vorausgesetzt, daß bei dem schwerfälligen Gesetzgebungskörper jener Staaten überhaupt solche zu Stande kommen) ist dem Dinge nicht geholfen. Die Ausführung solcher Gesetze unterliegt den Munizipalbehörden, und diese verkaufen die ihnen zustehende Exekution meist an Pächter, — ähnlich wie dies bei uns mit Brücken- und Wege-Einnahmen geschieht. Die Petitionen und Adressen müßten also schon verhundertfacht werden, um jedem Machthaber seine Pflicht vorzuhalten, aber — man glaube mir — dann hilft es auch noch nichts. In Marokko war vor einigen Jahren das Abfangen von kleinen Papageien verboten, jede Uebertretung wurde mit 30 Duros Geldstrafe (120 Mark) und der Bastonnade geahndet. Dessenungeachtet kaufte ein Hamburger Kaufmann vor meinen Augen über zehntausend solche Papageien; als Zeuge bei dem ehrenwerthen Handel fungirten drei Scheiks und zwei Fakirs (Ortsrichter), die natürlich ihr kleines „Geschäftchen" dabei machten.

Warum aber in die Ferne schweifen? Suchen wir nach dem Grunde des gewerbsmäßigen Massenmordes unserer Schützlinge doch nicht so weit! Die Ursache dieses Uebelstandes liegt wie so viele andere bei uns selbst! Jener hamburgische Kaufmann hat die 10,000 Papageien nicht etwa lebend gekauft, denn dann wäre er sie nie los geworden, auch hätte der hierdurch in Anspruch genommene Raum den Handel bedenklich vertheuert, er kaufte sie auch nicht zum Braten, denn die Vögel kann man ihrer Zähigkeit halber nicht essen: der Hamburger kaufte ihre Leichen. Mit diesen Kadavern putzten die Schönen im Frankenlande ihre Hüte, so erklärte zum Staunen der braunen Beduinensöhne der Käufer; diese und auch ich wollten es nicht glauben. Aber als ich zurückkam, fand ich die Angabe wohl bestätigt.

Jung und Alt unterm sogenannten schönen Geschlecht trug eine ausgestopfte Vogelleiche auf dem Hute, — war es ekelhaft, abscheulich, thöricht, was schadet's auch? Es war Mode. Mode wie die Krinolinen, Mode wie die Tournüre — diese unanständige Entstellung des menschlichen Körpers — und der Mode zu Folge liefen bei unsern Importhäusern Tausende von Bestellordres für Vogelleichen ein, und wenn der Importeur von Malaga oder Messina aus tausend Stück verlangte, so wurden zehntausend getödtet, Tausende verwundet. Denn nicht geschlagen, nicht geschossen durften die Thiere werden, das hätte wohl dem Balge geschadet, sie mußten in Netzen gefangen werden und wurden dann einzeln erdrosselt.

Ich sah, wie ein arabisches Mädchen in einer Stunde 600 Vögel umbrachte — eine respektable Leistung! Hunderten der unglücklichen Thiere gelang es, aus den Netzen zu entwischen, meist mit gebrochenem Fittig oder gebrochenem Ständer, Krüppel, langsam dahinsiechende Krüppel! Wie viele Mütter wurden von ihren Jungen, ihren Nestern, den Eiern weggerissen! Die junge Brut starb zu Tausenden. Ein Beispiel: Noch vor 10 Jahren traf man in Mogada, Tafilelt und Sidi-Kadihatscha in Marokko Tausende der schönen goldschnäbligen Kakadus — heute weiß der Kabylenjunge, der einen solchen Vogel sieht, nicht mehr, was es ist. Im Jahre trifft man ihrer zweie oder dreie, so sind sie dezimirt und werden bald ganz aussterben. Damals fielen sie auch einer Mode zum Opfer: ihre Flügel wurden zu Schürzen für die Aschhanti-, Somali- und Darfur-Mädchen verwendet. Als Kopfputz aber hatte selbst ein Neger-Mädchen keine Leichname gebraucht. Und unsere Damen wollen nicht davon ablassen?

Hier steckt der wahre Kern des Uebels. Wollen wir unsere Wälder wieder bevölkern — denn auch unsere heimischen Sänger entblöden sich die Konfektionäre nicht als Leichen auf den Hut zu stecken — so wollen wir bei uns anfangen. Es giebt tausend schöne Dinge, mit denen ein Weib sich putzen kann. Man soll durch die Thorheit der Frauen aber nicht das Wohl der Gesammtheit schädigen. Und eine Schädigung des gesammten Wohles nenne ich es, wenn ich an einem schönen Sonntagsmorgen zur Andacht und Selbsteinkehr im Walde einhergehe, und anstatt des Jubilirens unserer Rothkehlchen, Meisen, Hänflinge, Stieglitze u. s. w. das eintönige Gekrächz ewig gieriger Krähen höre. Das empfindet man aber in anderen Ländern auch. Darum fort mit den Vogelleichen auf den Frauenhüten!

als Herr Stadtbaurath erklärt hat, bei Ausführung des Projekts durch Herrn Gollnow unter allen Umständen noch auf städtische Kosten einen Ingenieur zu verlangen, der in dem Fach erfahren sei und den Bau ununterbrochen beaufsichtige. Derselbe würde unter 300 Mark monatlich nicht zu haben sein und da der Bau wohl 12 Monate in Anspruch nehmen würde, würden der Stadt fast die Mehrkosten entstehen, die die Uebertragung des Bau's an B. u. Ko. verursache."

Herr Petermann tritt zuerst in die Debatte, indem er sich in erregter Weise für Herrn Gollnow aufwirft und die Firma Beuchel u. Ko., die in ihrem Erstanschlag gegen den zweiten um 28,000 Mark höher gewesen sei, des indirekten Betrugs zeiht. Er wird dieserhalb vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen.

Auch Herr Hey tritt warm für unsern Mitbürger ein, indem er betont, daß eine Fabrik sich nicht vervollkommnen könne, wenn ihr keine Arbeit geboten würde, an der sie ihre Leistungsfähigkeit erproben könne. Man sähe die Wahrheit an dem „Vulkan", dem früher auch Niemand die Qualifikation zum Kriegsschiffsbau zugemuthet habe.

Ebenso empfiehlt Herr Graßmann die Uebertragung des Baues an Herrn Gollnow. Wenn er (Gr.) eine Brücke über die große Reglitz bauen könnte, wäre dieser Bau eine Kleinigkeit. Jedenfalls wüchse für die Stadt die Garantie guter Ausführung, wenn ein hiesiger Fabrikant den Bau ausführe. Was die Ablehnung der Verantwortung des Herrn Bauraths anbelange, so schien ihm dieselbe nicht wichtig genug, die Arbeit unserm Mitbürger zu entziehen.

Der Referent berichtigt Herrn Gr. dahin, daß Herr Gollnow bei dem Reglitz-Brückenbau nur bei der Fundirungsarbeit thätig gewesen sei, die Brücke selbst aber sei von der jetzt empfohlenen Firma Beuchel u. Ko. erbaut.

v. Amelung wünscht falschen Auffassungen und Auslassungen gegenüber zu konstatiren, daß die Leistungsfähigkeit des Herrn G. in der Finanz-Kommission in keiner Weise bemängelt sei. Aber da wir aus dem Säckel unserer Mitbürger bauen, müssen wir uns auf das Urtheil unserer Techniker stützen. Die Baudeputation habe aber B. u. Ko. vorgezogen und der Stadtbaurath habe sogar ein Separatvotum zu den Akten gegeben, nach dem er die Verantwortlichkeit für den Bau ablehne, wenn der Magistratsantrag (für Gollnow) angenommen würde.

Stadtbaurath Kruhl sucht seinem Votum die Schärfe zu nehmen und erklärt, daß er nur seine Stimme für B. u. Ko. abgegeben habe. Für ihn sei die Sache gleich, er wäre sich bewußt, bei jedem Erbauer, ob bei Gollnow oder Beuchel, seine Pflicht thun zu müssen.

Dr. Wolff meint, es hülfe Herrn Stadtbaurath nichts, aus seinem Votum den wahren Kern jetzt wegzudisputiren. Dasselbe enthielte unzweifelhaft eine modifizirte Ablehnung der Verantwortlichkeit. Er wendet sich darauf in bestimmtester Weise gegen jede Beeinflussung aus Lokalpatriotismus. Es sei das eine Sache, bei der wir schon schlechte Erfahrungen gemacht hätten. Er bedaure überhaupt, daß Herr Gollnow sich bereit erklärt habe, den Bau zu übernehmen. G. nenne sich Schlosser und gerire sich als Fabrikant, das sei ein Zwitterding. Im Uebrigen könne er auch nicht umhin, zu erklären, daß das, was Herr G. bisher geleistet habe, ihn nicht besonders bestimmen könnte, ihm diesen Bau zu übertragen.

Herr Lenz bricht eine Lanze für Herrn Gollnow. Da ja die Pläne da seien, könne auch Herr G. bauen. Es käme jetzt nur noch auf das Eisen an, das man dazu verwende. Und das würde Herr G. gewiß ebenso liefern, wie jede andere Firma. Die Verantwortlichkeit des Herrn Stadtbauraths scheine ihm unter allen Umständen zu bestehen, dazu sei der Herr von der Stadt angestellt. Man sollte sich nicht von dem hier wiederholt aufgebauten Gespenst erschrecken lassen.

Der Referent tritt nochmals für den Antrag der Finanz-Kommission ein, die entschieden der Ansicht sei, daß unsere Stadtbauten kein Versuchsfeld für strebsame Techniker seien. Herr Gollnow habe selbst erklärt, er wolle sich erst Hülfe annehmen, er selbst wäre nicht Techniker.

Herr Graßmann betont ebenfalls, daß die Brücke kein besonderes Kunstwerk sei. Man solle doch den Bau vertrauensvoll Herrn Gollnow übergeben. Selbstverständlich müßte dem Herrn Baurath ein Techniker zur Seite gegeben werden, man könnte nicht verlangen, daß der Herr auch auf diesem Gebiete vollständig zu Hause sei. Eine fachmännische Beaufsichtigung des Baues hätte unter allen Umständen zu erfolgen, thäten dies doch selbst die Chinesen, die hier ihre Schiffsbauten beaufsichtigen ließen. (Heiterkeit.)

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. Es trat nochmals Herr Lenz für Gollnow ein, Herr Wendlandt gegen denselben auf. Für ihn sei das Votum des Bauraths maßgebend. Bei der Abstimmung wird der Magistratsantrag, Herrn Gollnow den Bau für rund 167,900 Mk. zu übertragen, abgelehnt und der Antrag der Finanz-Kommission, mit dem Bau die Firma Beuchel u. Ko. in Grüneberg für rund 171,000 Mk. zu betrauen, mit großer Majorität angenommen.

Eine gewisse Lebhaftigkeit kam schon vorher in die Versammlung durch Berathung des Antrags, betreffend die unentgeltliche Hergabe des nöthigen Terrains im Gutsbezirk Messenthin zur Herstellung des projektirten Steinwegs von Frauendorf nach Messenthin. Die Finanz-Kommission ließ, entgegen dem Beschluß des Magistrats, der wohl mit der unentgeltlichen Hergabe, aber nicht mit der Uebernahme der Unterhaltungspflicht einverstanden war, durch ihren Referenten, Herrn Kuntz beantragen, die Versammlung wolle auch die Uebernahme der Unterhaltungspflicht genehmigen. Es scheine die Ablehnung nicht der Würde der Stadt Stettin zu entsprechen.

Stadtrath Dräger befürwortet als Magistratsreferent, daß die Gemeinde Messenthin die Kosten, die nicht übersehbar sind, tragen soll. Schon im März d. J. sei die Vorlage auf Beschluß und Antrag der Oekonomie-Deputation abgelehnt worden. Die Gründe dazu sind mehrfach. Die Herstellung eines einfachen 7 Meter breiten Pflasterwegs, sogenannten Bauerndamms, biete keine Gewähr für Haltbarkeit, da auf dieser Strecke kolossale Lasten koursirten. Es müsse die Gemeinde die Verpflichtung der steten Regulirung übernehmen, den 22 Adjazenten könne dieselbe nicht aufgetragen werden, da dann der Weg bald ein kurioses Aussehen bekommen würde. Die Stadt wolle auf ihre Kosten, die sehr groß sein könnten, den Weg nicht herstellen, da sie sich damit eine eigene Konkurrenz schaffe. Die Käufer nämlich, die früher ihr Holz aus der städtischen Messenthiner Forst kauften, würden dann nach Pölitz fahren, das durch den Weg leichter zu erreichen und wo die Holzpreise billiger wären. Herr Wächter bittet um Auskunft, ob es Gang und Gäbe ist, daß die Adjazenten an anderen Dämmen des Randower Kreises die Kosten der Regulirung tragen. Stadtrath Dräger ist hierüber nicht informirt. Herr Gumtau empfiehlt Annahme des Finanz-Kommissions-Antrags.

Herr Graßmann. Ich muß offen gestehen, ich verstehe die Auslassungen des Magistrats-Referenten nicht. Der Weg führt meines Erachtens noch an unserer Forst entlang. Königliche Forsten wenden große Summen daran, um Wege durch ihre Forsten zu legen. Ich kenne ferner keinen einzigen Steindamm, bei welchem uns eine Verpflichtung zur Unterhaltung obliegt, stets ist dies Sache der Adjazenten. Ich empfehle gegen unsere Kreisbürger entgegenkommend zu sein, sie werden uns in anderen Angelegenheiten wieder entgegenkommen.

Stadtrath Dräger wendet sich in verletzt ironischer Weise an den Vorredner, muß sich aber stillschweigend gefallen lassen, von Herrn Graßmann daran erinnert zu werden, daß er kein gutes Gedächtniß zu haben scheine.

Bei der Abstimmung wird die unentgeltliche Hergabe des Terrains genehmigt und die übrige Vorlage nochmals an den Magistrat zurückgegeben.

(Schluß folgt.)

— Zu dem Resultat der hiesigen Volkszählung tragen wir noch Folgendes nach: Die Zahl der Wohnhäuser betrug 3623, davon unbewohnte 55; andere bewohnte Baulichkeiten: a. hauptsächlich gewöhnlich nicht zu Wohnzwecken dienende Gebäude 62, b. sonstige Baulichkeiten: aa. feststehende (Hütten, Bretterbuden, Zelte 2c.) 25, bb. bewegliche (Wagen, Schiffe, Flösse 2c.) 322; Summa aller Wohnstätten 4032. Haushaltungen a. gewöhnliche von 2 und mehr Personen 20,357, b. einzeln lebende selbstständige Personen 1620, c. Anstalten 76, Summa der Haushaltungen 22,053. Personen der Zählbezirke: wohnhaft und anwesend: männlich 46,312, weiblich 49,467; do. wohnhaft aber vorübergehend auswärts abwesend: männlich 602, weiblich 290, Summa: männlich 46,914, weiblich 49,757; Total: Wohnbevölkerung 96,671. Nicht wohnhaft aber vorübergehend anwesend: männliche 2151, weibliche 1245, dazu die Summen der wohnhaft und anwesenden Bevölkerung von resp. 46,312 und 49,467 ergiebt 48,763 männliche und 50,712 weibliche, zusammen 99,457 als ortsanwesende Bevölkerung. — Die Wohnbevölkerung (wohnhaft und anwesend, und wohnhaft aber vorübergehend auswärts abwesend) betrug 1880: 89,170, desgleichen 1885: 96,671 (Zivilbevölkerung), mithin Zunahme 7501 = 8,41 pCt. Diese Zunahme setzt sich zusammen aus: a. Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle 2477 = 2,78 pCt., b. Zuzug von außerhalb 5024 = 5,63 pCt.

— Heute, Freitag, wird im Stadt-Theater Halevy's große Oper „Die Jüdin" aufgeführt, und morgen, Sonnabend, findet die erste Vorstellung des neu einstudirten Weihnachtsmärchens „Die Wichtelmänner" zu kleinen Preisen statt. Wir können das allerliebste Stück, an dem sich Groß und Klein, Jung und Alt erfreuen kann, zum zahlreichen Besuche auf das Angelegentlichste empfehlen und wird es namentlich der lieben Kinderwelt einen bleibenden Genuß bieten.

— Dem Komitee zur Erbauung einer Lutherkirche in der Oberwiek hat der Herr Oberpräsident Graf Behr-Negendank auf eine dahingehende Anfrage sein Einverständniß mit der Veranstaltung einer Lotterie im Sommer nächsten Jahres für den obigen Zweck ausgesprochen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die Jüdin." Große Oper in 5 Akten.

Sonnabend: „Die Wichtelmänner." Weihnachtsmärchen mit Gesang und 6 Bildern.

Dr. **Wilibald Müller'sches Haus- und Familienbuch.** Wien und Teschen bei K. Prochaska. 7,50 Mark.

Der Inhalt dieses Buches besteht aus einer „Praktischen Gesundheitslehre" — einer Anleitung zur „Gute Sitten im Hause und in der Gesellschaft" — einer Erklärung von „Karten- und Gesellschafts-Spielen und Kontre-Tänzen" — einer Sammlung von „Volks- und Gesellschafts-Liedern" — einer Belehrung für „Oekonomie (Ordnung und Sparsamkeit) in der Hauswirthschaft" — und aus einem reichhaltigen „Kochbuch mit schneller, sparsamer und Krankenküche". Detaillirte und alphabetische Register machen eine Orientirung in dem ungemein reichen Inhalte des über 1000 Seiten großen Formates enthaltenden Werkes zur Sache eines Augenblickes.

Mit dem richtigen Blicke für das praktische Bedürfniß ist dieses Buch zusammengestellt und in trefflicher Weise von tüchtigen Schriftstellern ausgearbeitet. Am meisten hat uns zugesagt, daß das Buch für bürgerliche Verhältnisse passend abgefaßt ist, und deshalb auch ein praktisches und nützliches Volksbuch genannt werden darf.

[510]

Das famose irländische „Boycotten" ist nun auch in's Theaterleben eingeführt. Die Maßregel hat das deutsche „Thalia-Theater" in Newyork getroffen. Der Streitanlaß ist unseren Lesern nicht unbekannt. Das „Thalia-Theater" in Newyork (Direktion Amberg) hatte der Billigkeit wegen ein Orchester aus Deutschland bezogen, ohne sich an die bestehenden Vereinbarungen der Newyorker Musiker zu kehren. Da diese die ihnen dadurch bereitete Konkurrenz als Schädigung ihrer Interessen empfanden, wandten sie sich an den großen Arbeiter-Verein (Central Labor Union), welcher ihnen thatkräftige Unterstützung lieh und, nach vergeblichen Verhandlungen mit Direktor Amberg, einen Aufruf in englischer und deutscher Sprache erließ, welcher dieser Tage in Tausenden von Exemplaren auf den Straßen Newyorks und sogar an die Besucher des „Thalia-Theaters" vertheilt wurde. Der Aufruf lautet:

„Die Central Labor Union fordert alle Arbeiter-Vereine und deren Familien-Mitglieder, sowie alle Freunde der organisirten Arbeit hierdurch auf, das „Thalia-Theater" zu meiden. Die Central Labor Union erwartet ferner, daß die Geschäftsleute und deren Familien die organisirten Arbeiter in diesem gerechten Kampfe unterstützen, um nicht etwa selbst Gefahr zu laufen, von den Arbeitern gemieden zu werden.

Grund des Boycott-Erlasses:

Trotzdem es in Newyork und anderen größeren Städten Amerikas sehr fähige Musiker giebt, die alle Theater und sonstigen Vergnügungs-Institute aufs Beste besetzen können, hat dennoch Herr Amberg sich nach importirten Musikkräften unter Kontrakt umgesehen, und somit einheimische Kräfte, die gezwungen sind, sich und ihre Familien zu ernähren, vollständig ignorirt, um nur Ersparnisse für seinen unersättlichen Geldsack zu machen. Das jetzt im „Thalia-Theater" beschäftigte importirte Orchester war sogar nicht einmal im Stande, in einem Biergarten in Philadelphia Zugkraft auszuüben. Herr Amberg erdreistete sich, dem kunstliebenden Publikum in dem einzigen deutschen Theater Newyorks, in dem früher hervorragende kompetente Musiker auftraten, ein derartiges Orchester aufzuhalsen und somit dieses Institut zu einem niedrigen Kunsttempel herabzuwürdigen. Daß Letzteres thatsächlich der Fall, beweist Herr Amberg durch seine eigenen an das Vermittelungs-Komitee gerichteten Worte:

„Das Publikum macht sich garnichts daraus, ob gute oder schlechte Musik im Orchester sitzt; wenn nur oben auf der Bühne ein Paar hübsche Schürzen und Possenreißer ihre Schuldigkeit thun, dann ist mir der Erfolg sicher."

Diese dem kunstsinnigen deutschen Publikum ins Gesicht geschleuderten Beleidigungen charakterisiren die „Thalia-Theater"-Direktion vollständig und bedürfen wohl keines weiteren Kommentars. Die Unterhandlungen, die seitens des Karl Sahm-Klubs und eines Komitees der Central Labor Union mit Direktor Amberg seit Anfang Oktober stattgehabt, haben zu keinem Resultat geführt. Als Herrn Amberg schließlich das Komitee fragte, was er thun würde, falls sich seine Leute der Union anschließen und Unionspreise verlangen würden, erwiderte er, daß er „einfach ein neues Orchester importiren würde." Im Uebrigen könne man gegen ihn unternehmen, was man wolle, er sei bereit. Direktor Ambergs Motto ist: „Billige Arbeit." Zeiget dem Direktor Amberg, daß Ihr Euch seine Beleidigungen und den Schaden, den er der organisirten Arbeit zugefügt hat, nicht gefallen lassen wollt.

Gehet nicht nach dem „Thalia-Theater!"

Gebet ihm nicht Euer im Schweiße Eures Angesichts verdientes Geld! Zeiget ihm, daß er einheimische Arbeit respektiren muß, wenn er von hiesigen Arbeitern und Geschäftsleuten patronisirt sein will. Laßt die importirte billige Kontrakt-Musik, die hübschen Schürzen und die Possenreißer vor leeren Sitzen spielen! Direktor Amberg hat jetzt nur die Wahl, entweder die von der Central Labor Union anerkannten Musiker zu engagiren, oder die Thore des „Thalia-Theaters" zu schließen.

Dies meint Boycott bis zum bitteren Ende!"

Ob sich die Maßregel in Newyork so unheimlich und grausam erweisen wird wie in Irland, bleibt abzuwarten.

Vermischte Nachrichten.

— (Die Zahlungsbedingungen verschiedener Nationen.) Das Staatsamt in Washington veröffentlicht eine Serie interessanter Konsularberichte über die verschiedenen im Waarenverkehr üblichen Zahlungsweisen fremder Nationen. Wir entnehmen, schreibt der „Merkur", diesem Bericht amerikanischer Konsuln, daß in Deutschland das Kreditsystem ein sehr ausgedehntes ist; mehr als drei Viertel der geschäftlichen Transaktionen im Waarenverkehr werden auf Kredit gemacht, und letzterer wird länger in Anspruch genommen, als in Frankreich und in England. Fast jede Branche hat ihre eigenen Zahlungsbedingungen festgestellt; ein einheitliches System ist nicht vorhanden. In England wird nach Verlauf von drei Monaten, vom Tage der Ausstellung der Fakturen an gerechnet, Kassa verlangt gegen Vergütung eines Skontos von 2½ Prozent. In Frankreich wird der Fakturenbetrag sofort durch ein Viermonataccept remittirt verlangt. In Italien werden Geschäfte auf Kredit nur in geringer Zahl und dann nur gegen gute Bürgschaft abgeschlossen. In Spanien werden vier Fünftel der Transaktionen gegen baar gemacht, wogegen sich in Portugal ein langes Borgsystem herangebildet hat. In Oesterreich ist Bewilligung eines langen Zahlungszieles meist Bedingung für den Abschluß eines Geschäfts, ein Kredit von sechs Monaten wird fast immer beansprucht und ein Viertel des Verkehrs durch Baarbezahlung beglichen. In der Türkei werden selbst die nothwendigsten Lebensmittel auf Kredit entnommen; hier wie in Rußland ist eine Kreditgewährung von zwölf Monaten üblich. In Kanada wird entweder innerhalb 30 Tagen in baar regulirt gegen Gewährung eines Skontos von 5 Prozent, oder man bewilligt viertel- oder halbjährliche Abrechnung je nach Uebereinkunft. In Mexiko verkaufen die großen Waarenhäuser gegen ein Ziel von sechs bis acht Monaten, und selbst im Kleinverkehr wird für Gegenstände, die überall nur gegen Baarzahlung verkauft werden, lange Zahlungsfrist gefordert. In Costa-Rica wurden auf importirte Waaren aus Europa, um diese schnell abzusetzen, Kredite von sechs bis zwölf Monaten bewilligt; da diese Art der Kreditgewährung aber Verluste im Gefolge hatte, ist man schnell davon abgekommen. In Kuba ist ein zwischen vier und fünf Monaten variirendes Ziel Brauch. Der Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Rio meldet, daß eines der großen Uebel, durch welche der Handel Brasiliens zu leiden hat, die übermäßige und lange Gewährung von Krediten wäre: hier wie in Buenos-Ayres werden sieben Achtel der Geschäfte auf einen sechsmonatlichen leicht erreichbaren Kredit abgeschlossen. In Bermuda wird überhaupt nur einmal jährlich bezahlt; Zahlungstag ist der 30. Juni. In Kleinasien ist nur eine Zahlungsfrist von zwei bis drei Wochen üblich. In China ist Kredit nicht üblich; man sich Geld von Darleihern gegen hohen Zinsfuß (8 bis 12 pCt.) zu verschaffen, macht aber Waarenabschlüsse meist gegen Baarzahlung. In Australien ist sechsmonatliches Ziel gebräuchlich. In vielen Konsularberichten wird übrigens der Meinung Ausdruck gegeben, daß für Eröffnung eines neuen Absatzgebietes besonders in europäischen Ländern die Gewährung eines langen Zahlungszieles von großer Wichtigkeit ist; je bequemer dem fremden Markt das Eingehen neuer Verbindungen gemacht wird, desto lieber wird er dieselben aufnehmen, ein Prinzip, welches der deutsche Handel zu seinem Vortheil, wie in einigen Berichten ausdrücklich bemerkt wird, befolgt.

— „Aber Trine, wo bleiben Sie denn so lange mit der Zeitung? Sie haben gewiß unterwegs gelesen!" — Trine: „Ja, Madam', ich lese so gerne, wie unser Landesfürst geruht hat; das steht immer gleich vorne an!" — „Na, und wie hat Seine Hoheit denn heute geruht?" — „Allergnädigst, Madam'!"

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Sigmaringen, 17. Dezember. Fürst Leopold von Hohenzollern ist heute zu der Leichenfeier für den König Ferdinand von Portugal nach Lissabon abgereist.

Wien, 17. Dezember. Die Mitglieder der internationalen Militärkommission sind heute Mitternacht mit dem Expreßzuge nach dem Kriegsschauplatze abgereist.

Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht die Ernennung des Feldmarschalls Cornaro zum Statthalter von Dalmatien.

Rom, 17. Dezember. Heute fand im Vatikan in Gegenwart des Kardinalstaatssekretärs Jacobini und mehrerer Kardinäle die Unterzeichnung des auf Grund der Vermittelungsakte des Papstes in der Karolinenfrage vereinbarten Protokolls durch den preußischen Gesandten de Schlözer und den spanischen Botschafter Marquis von Molins statt.

Petersburg, 17. Dezember. Der „Regierungs-Anzeiger" erklärt die Nachricht der hiesigen Börsenzeitung von einer bevorstehenden Emission von Reichsschatzbons mit kurzen Terminen in Metallvaluta und von dem Verkaufe von Goldrente des Jahres 1885 für unbegründet.

Charkow, 17. Dezember. Die Besserung in dem Befinden der Frau Pauline Lucca schreitet fort; dieselbe gedenkt demnächst, ohne ihre Konzertreise zu beenden, nach Wien zurückzukehren.

Athen, 16. Dezember. In der Kammer der Deputirten griff Trikupis die Politik des Ministeriums an. Der Ministerpräsident Delyannis stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer gab mit 115 gegen 67 Stimmen ein Vertrauensvotum für die Regierung ab.

Newyork, 17. Dezember. Nach einer aus San Francisco hier eingegangenen Depesche entdeckte die dortige Polizei eine sozialistische Verschwörung, welche die Ermordung des Gouverneurs von Kalifornien und anderer angesehener Bürger zum Zwecke hatte. Mehrere Verhaftungen haben stattgefunden.